

20.11.89

EG - A

**Empfehlungen
der Ausschüsse**

zum

Bericht der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an
den Rat über die Mitverantwortungsabgabe im Getreidesektor

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Änderung der
Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 über die gemeinsame Markt-
organisation für Getreide

KOM(89) 449 endg.; Ratsdok. 8871/89

Punkt der 607. Sitzung des Bundesrates am 1. Dezember 1989

Der federführende Ausschuß für Fragen der Europäischen
Gemeinschaften und

der Agrarausschuß

empfehlen dem Bundesrat, zu der Vorlage wie folgt Stellung
zu nehmen:

1. Der Bundesrat teilt die Auffassung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, daß die Schwierigkeiten, die bei der Verwaltung der Zusatzabgabe auf dem Getreidesektor aufgetreten sind, beseitigt werden müssen.

Der mit dem Bericht über die Mitverantwortungsabgabe im Getreidesektor vorgelegte Änderungsvorschlag hält jedoch am System der vorläufigen und endgültigen Erntefeststellung fest. Er führt deshalb zu keiner nennenswerten Verwaltungsvereinfachung, verunsichert weiterhin Erzeuger und Handel und ist deshalb abzulehnen.

Ausgeliefert am 21. NOV. 1989

2. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, sich weiterhin für eine konsequente Vereinfachung des Verfahrens einzusetzen. Ziel der weiteren Beratungen in Brüssel sollte es sein, in jedem Wirtschaftsjahr nur eine endgültige Erntefeststellung vorzunehmen und die davon abhängige Zusatz-MVA im Folgejahr zu erheben.
So werden unnötige Zahlungen zwischen den Erzeugern und der aufnehmenden Hand vermieden. Zugleich erhält die Getreidewirtschaft sichere Kalkulationsgrundlagen für jedes Wirtschaftsjahr.
3. Angesichts der Erntefeststellung 1989, die 1990/91 eine Preissenkung von 3 % zur Folge hat und damit die Einkommen der Erzeuger wesentlich vermindern wird, bittet der Bundesrat die Bundesregierung, mit allem Nachdruck auf den Wegfall der Zusatz-MVA (Nullwert) im Getreidewirtschaftsjahr 1990/91 hinzuwirken.
4. Im übrigen ist der Bundesrat der Auffassung, daß die Probleme auf dem Getreidemarkt nur durch eine grundlegende Reform der Getreidemarktpolitik zu lösen sind.